



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

13. Dezember 2019

# Wochenbericht KW 50

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 28 % bzw. 27 %, SPD zwischen 16 % und 11 % Grüne zwischen 23 % und 20 %, AfD zwischen 15 % und 13 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum und gerechter Verteilung der Steuerlast gesehen
Eigene finanzielle Lage:	Mehrheit der Bundesbürger erwartet keine Veränderungen
Flüchtlinge:	6 von 10 Bürgern machen sich keine Sorgen über die Flüchtlingszahlen Die meisten sehen eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Klimawandel, Klimapaket der Bundesregierung
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF	<b>infratest dimap</b> für ARD
CDU/CSU	28 (+1)	28 (-)	27 (-)	27 (+2)
SPD	11 (-3)	16 (-)	13 (-)	14 (+1)
FDP	9 (+1)	9 (-)	8 (+1)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (+1)	9 (-1)	8 (-)
B'90/Grüne	22 (-)	20 (-)	23 (-)	21 (-2)
AfD	14 (+1)	13 (-)	14 (-)	15 (-)
Sonstige	8 (-)	5 (-1)	6 (-)	7 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.	05.-11.12.	10.-12.12.	10.-11.12.

Die Union liegt bei forsa 17 (+4), bei FG Wahlen 14 (-), bei infratest dimap 13 (+1) und bei Emnid 12 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: forsa, Emnid, FG Wahlen, infratest dimap)

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	17 (-)
Scholz	29 (-4)
Kramp-Karrenbauer	18 (-1)
Habeck	32 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 12 (-4) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 14 (+1) Prozentpunkte hinter Robert Habeck.

37 % (-3) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 20 % (-3) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 58 % (-3) für Scholz und 7 % (-1) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 40 % (-3) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 17 % (+1) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 64 % (-) Habeck und 9 % (+1) Kramp-Karrenbauer.

(Zeitreihe)

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.12.2019)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 48

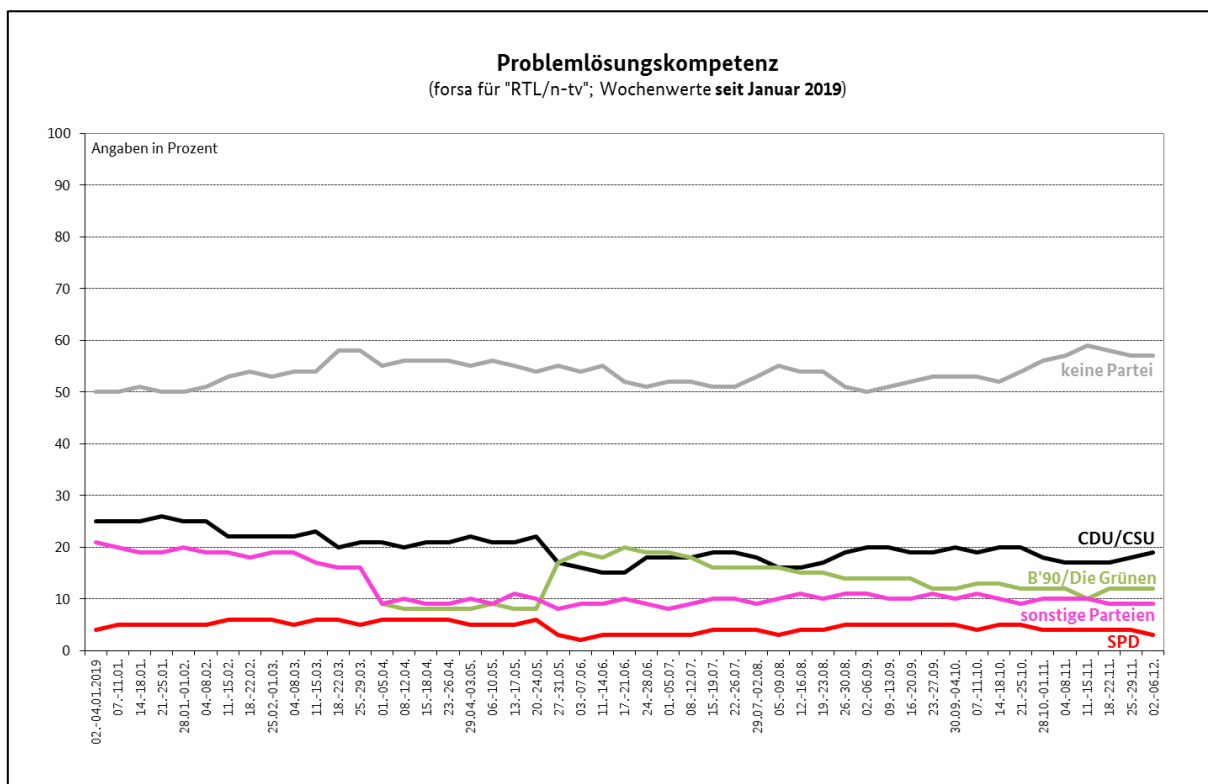
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	19 (+1)
SPD	3 (-1)
Grüne	12 (-)
sonstige Parteien	9 (-)
keine Partei	57 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (+2) Prozentpunkte vor der SPD und 7 (+1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 57 % (-) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Dezember 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-1)	27 (-1)	2 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (-)	31 (-1)	2 (+1)	1 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	64 (-1)	32 (-)	3 (-)	0 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59 (+2)	32 (-4)	7 (+2)	1 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	56 (+2)	40 (-2)	3 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	55 (-)	35 (-3)	6 (+1)	3 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (+4)	37 (-5)	7 (+1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	51 (-2)	40 (-1)	6 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-)	45 (-)	7 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (-1)	41 (+1)	11 (-)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44 (+7)	39 (-)	14 (-4)	3 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	41 (+8)	43 (-8)	14 (+1)	1 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	40 (+4)	47 (-2)	11 (-2)	1 (-1)
neue Technologien fördern	39 (+2)	46 (-1)	12 (+2)	2 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (-)	44 (-2)	10 (-)	7 (+3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (-1)	48 (+3)	11 (-3)	4 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	30 (+1)	54 (-2)	13 (+2)	3 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	30 (-3)	47 (+5)	16 (-2)	5 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (-1)	55 (-1)	17 (+2)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	24 (+2)	43 (-)	27 (-)	5 (-)
Verbraucherschutz stärken	23 (-1)	61 (+5)	15 (-1)	1 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (+1)	57 (+2)	17 (-2)	2 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-10.12.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Personen mit mittlerer bzw. hoher formaler Bildung finden sie häufiger sehr wichtig als Personen mit einfacher formaler Bildung (73 % zu 63 %).

Die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" wird von Anhängern der Linkspartei (80 %) überdurchschnittlich oft als prioritär angesehen. Westdeutsche finden sie häufiger sehr wichtig als Ostdeutsche (68 % zu 55 %), über 30-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (69 % zu 55 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (77 % zu 54 %).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Dezember 2019

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2019

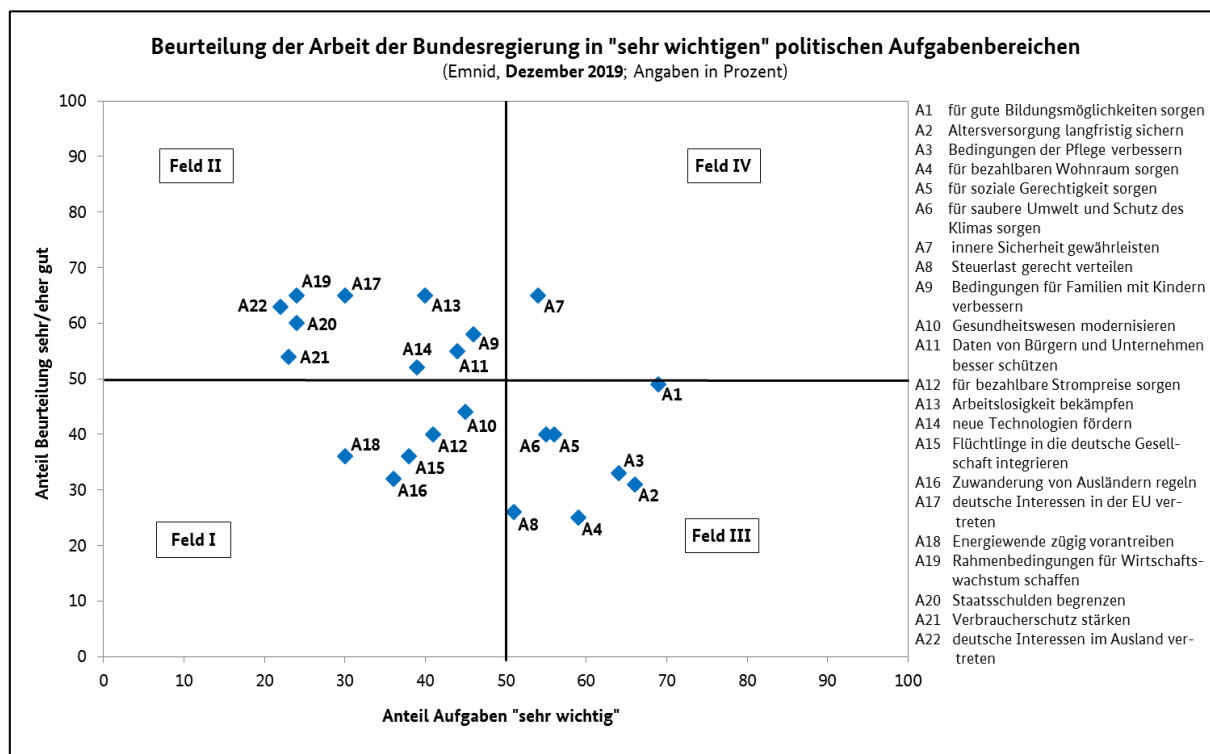
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	65 (+8)	26 (-6)
deutsche Interessen in der EU vertreten	65 (+3)	28 (-3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	65 (+8)	32 (-7)
innere Sicherheit gewährleisten	65 (-)	32 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (-)	28 (-2)
Staatsschulden begrenzen	60 (+2)	32 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+3)	35 (-4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	55 (+4)	39 (-2)
Verbraucherschutz stärken	54 (-1)	38 (+3)
neue Technologien fördern	52 (-1)	39 (+1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	49 (-4)	47 (+3)
Gesundheitswesen modernisieren	44 (+4)	50 (-4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-2)	51 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	40 (-1)	55 (-2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	40 (+2)	57 (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-3)	58 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	36 (+1)	59 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (+2)	63 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	32 (-6)	63 (+4)
Altersversorgung langfristig sichern	31 (-1)	66 (+2)
Steuerlast gerecht verteilen	26 (-5)	70 (+5)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	25 (+2)	70 (-3)
Erhebungszeitraum	04.-10.12.	

In 10 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in 11 Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in den Politikfeldern "Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen" und "Arbeitslosigkeit bekämpfen" der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, deutlich gestiegen (jew. +8 Prozentpunkte).

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Dezember 2019

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A4), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A8), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2), in den Aufgabenbereichen „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3) und „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5), beim Umwelt- und Klimaschutz (A6) sowie in der Bildungspolitik (A1).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. In diesem Monat ist hier lediglich der Aufgabenbereich „innere Sicherheit gewährleisten“ (A7) vertreten.

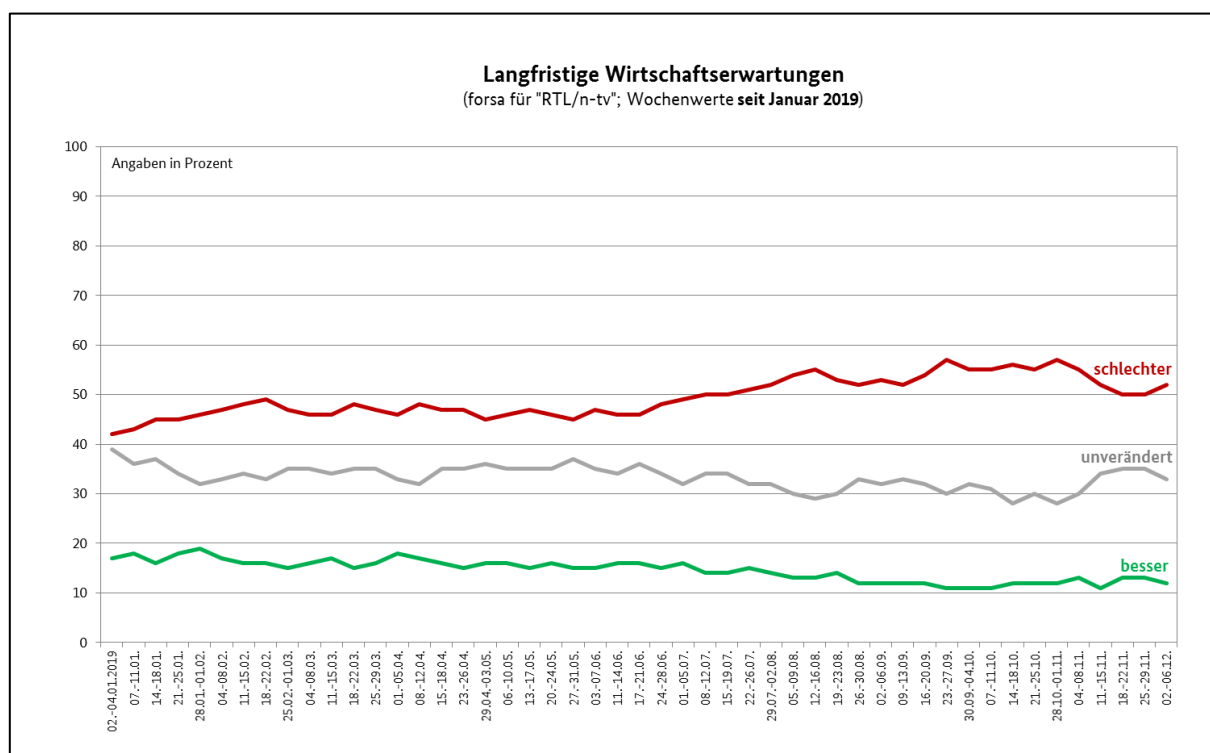
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	12	(-1)
schlechter	52	(+2)
unverändert	33	(-2)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 40 (+3) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



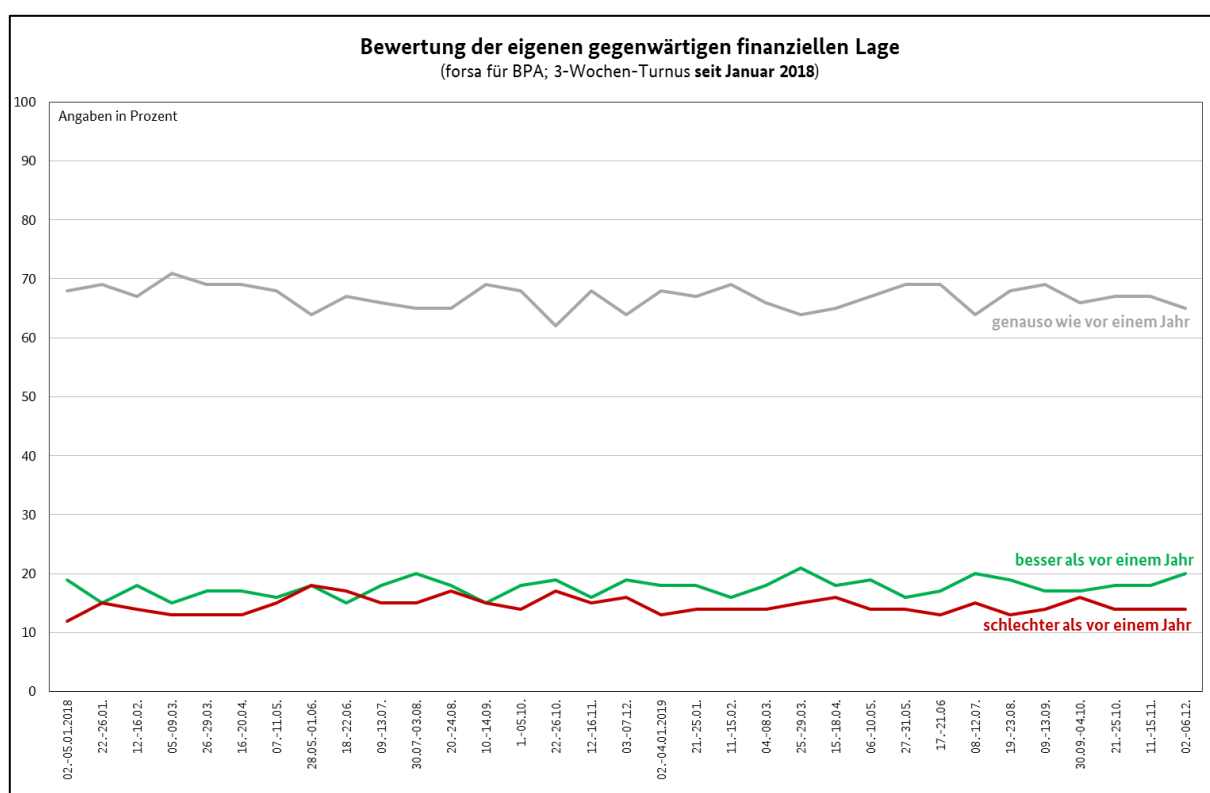
## Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	20 (+2)
schlechter als vor einem Jahr	14 (-)
genauso wie vor einem Jahr	65 (-2)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (37 % zu 10 %) und Männer häufiger als Frauen (25 % zu 14 %).

Geringverdiener nehmen deutlich häufiger eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als Gutverdiener (30 % zu 9 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (23 % zu 11 %).





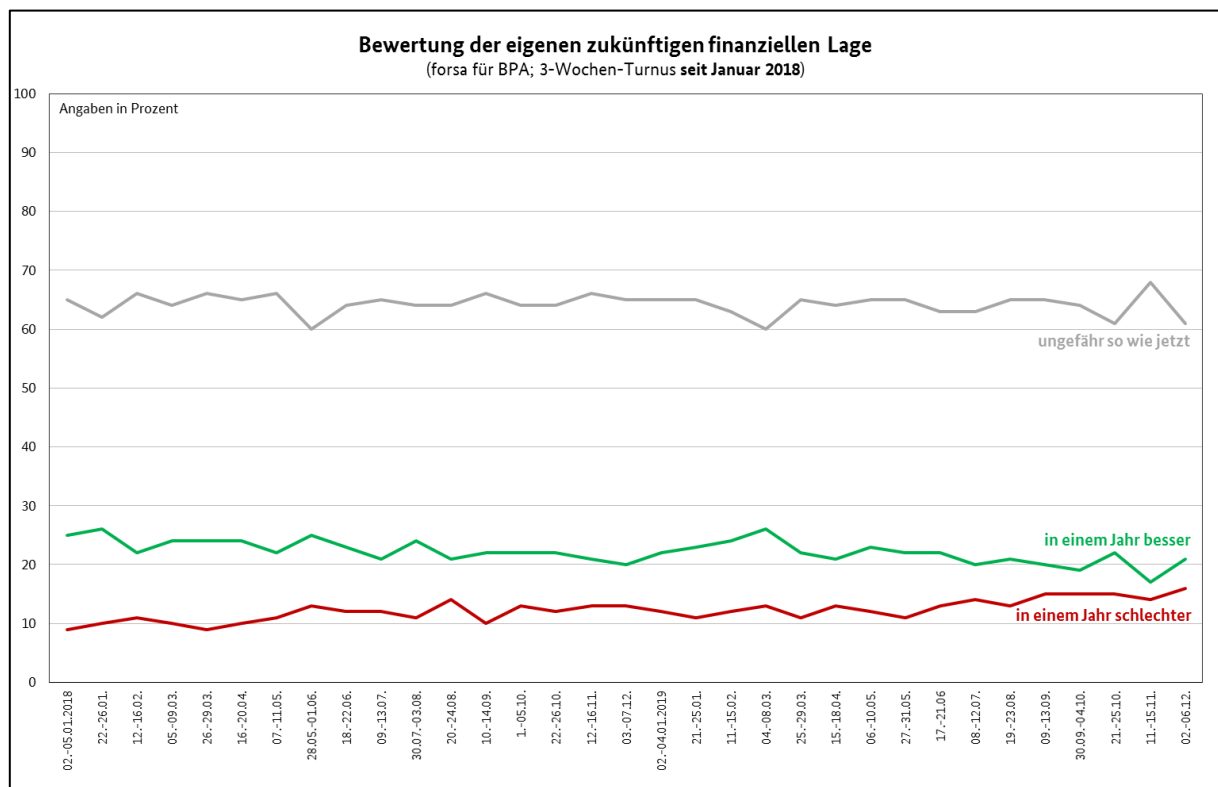
## Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
in einem Jahr besser	21 (+4)
in einem Jahr schlechter	16 (+2)
ungefähr so wie jetzt	61 (-7)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 45-Jährige (33 % zu 13 %) und Männer häufiger als Frauen (25 % zu 17 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung gehen häufiger von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus als Personen mit mittlerer bzw. hoher formaler Bildung (29 % zu 14 %).



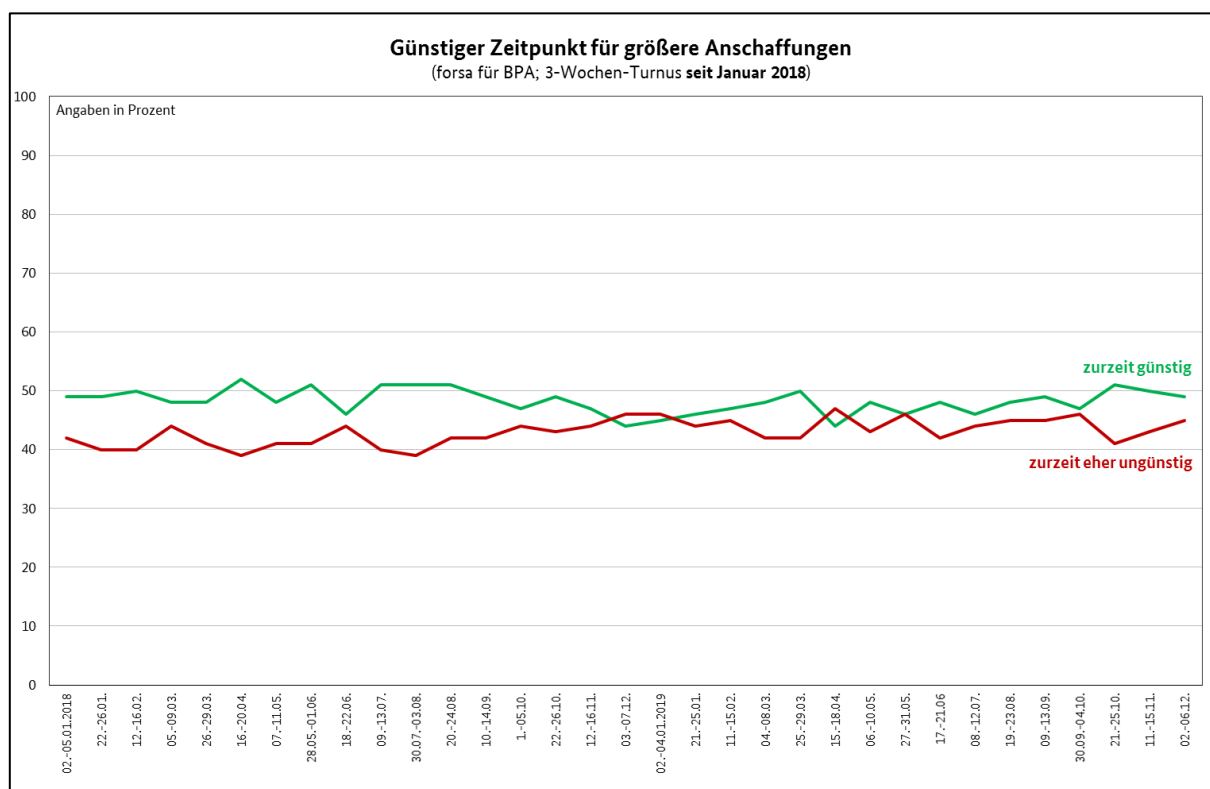
## ● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	49	(-1)
zurzeit eher ungünstig	45	(+2)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.	

Gutverdiener sind deutlich häufiger als Geringverdiener (62 % zu 23 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Unter 30-Jährige meinen häufiger als über 30-Jährige (54 % zu 43 %), man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten. Personen mit einfacher formaler Bildung sind deutlich häufiger dieser Meinung als Personen mit hoher formaler Bildung (61 % zu 37 %).



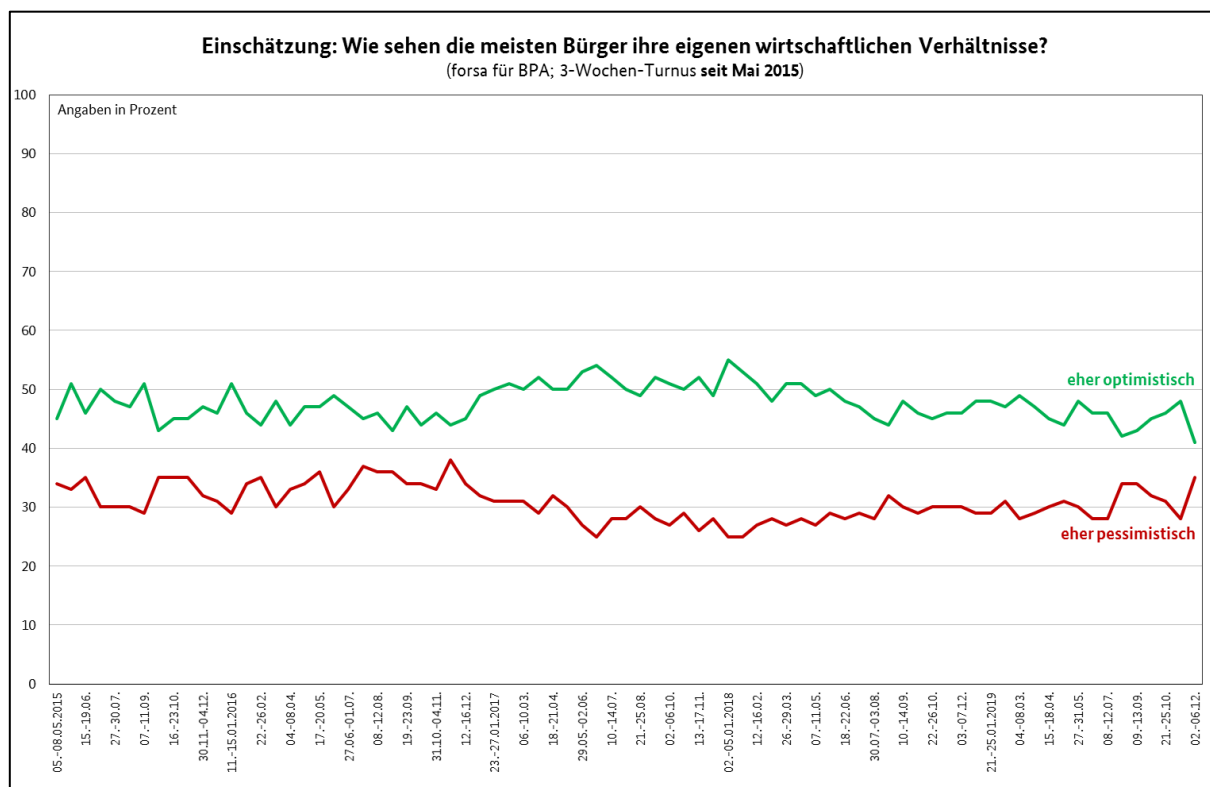
## Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
eher optimistisch	41	(-7)
eher pessimistisch	35	(+7)
Erhebungszeitraum	02.-06.12.	

Der Anteil derjenigen, die glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen, ist auf den niedrigsten Wert seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 gesunken.

Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen glauben häufiger als Geringverdiener (45 % zu 29 %), dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen. Auch Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger dieser Meinung als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (48 % zu 33 %) und Männer häufiger als Frauen (46 % zu 37 %).



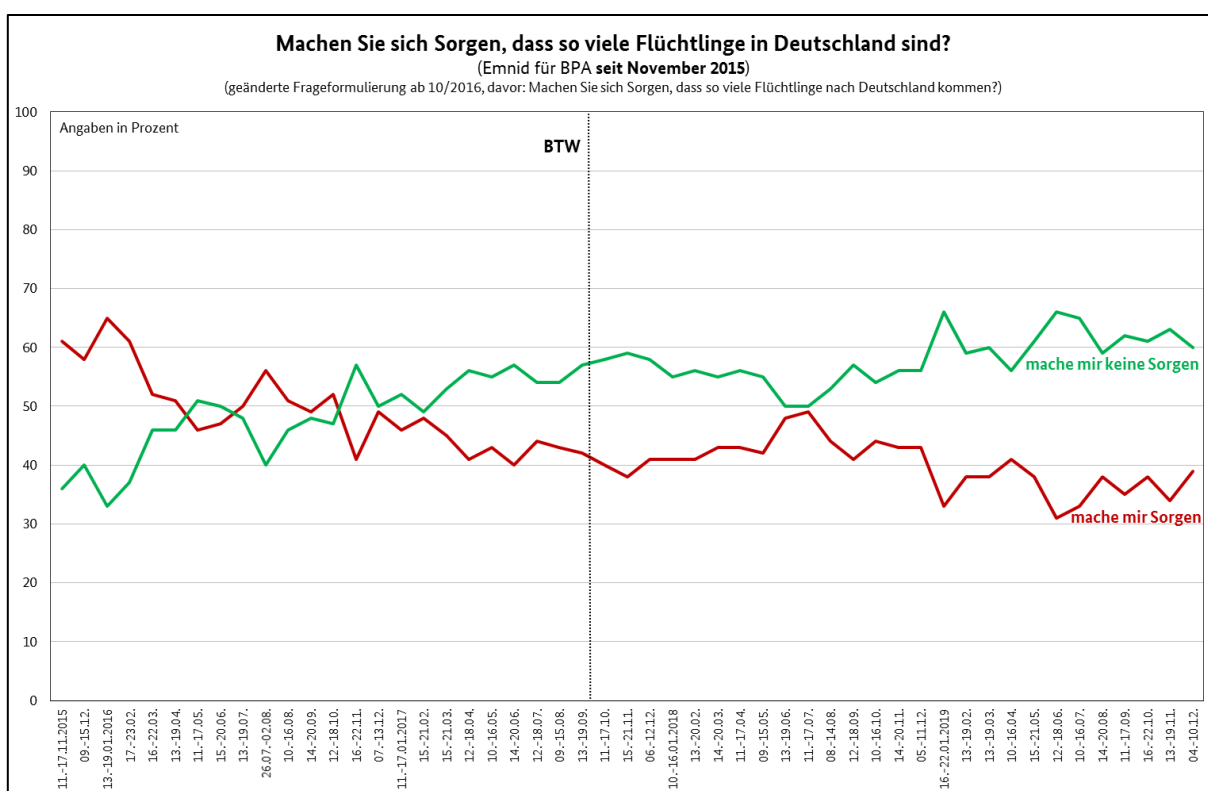
## Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	39	(+5)
mache mir keine Sorgen	60	(-3)
Erhebungszeitraum	04.-10.12.	

Fast alle Anhänger der AfD (95 %) machen sich Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger besorgt als Personen mit hoher formaler Bildung (55 % zu 22 %).

Hingegen machen sich Anhänger der Grünen (86 %) und der SPD (71 %) überdurchschnittlich oft keine Sorgen. Unter 30-Jährige machen sich häufiger keine Sorgen als über 30-Jährige (78 % zu 55 %).



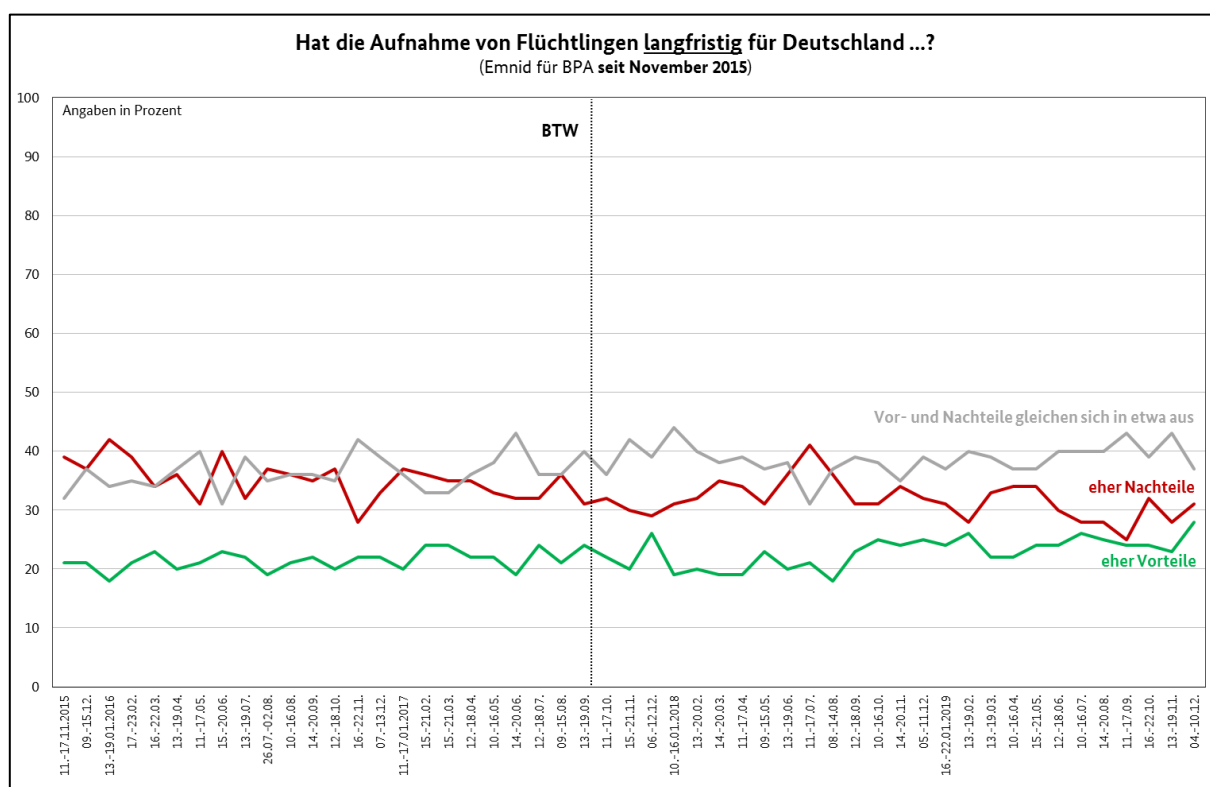
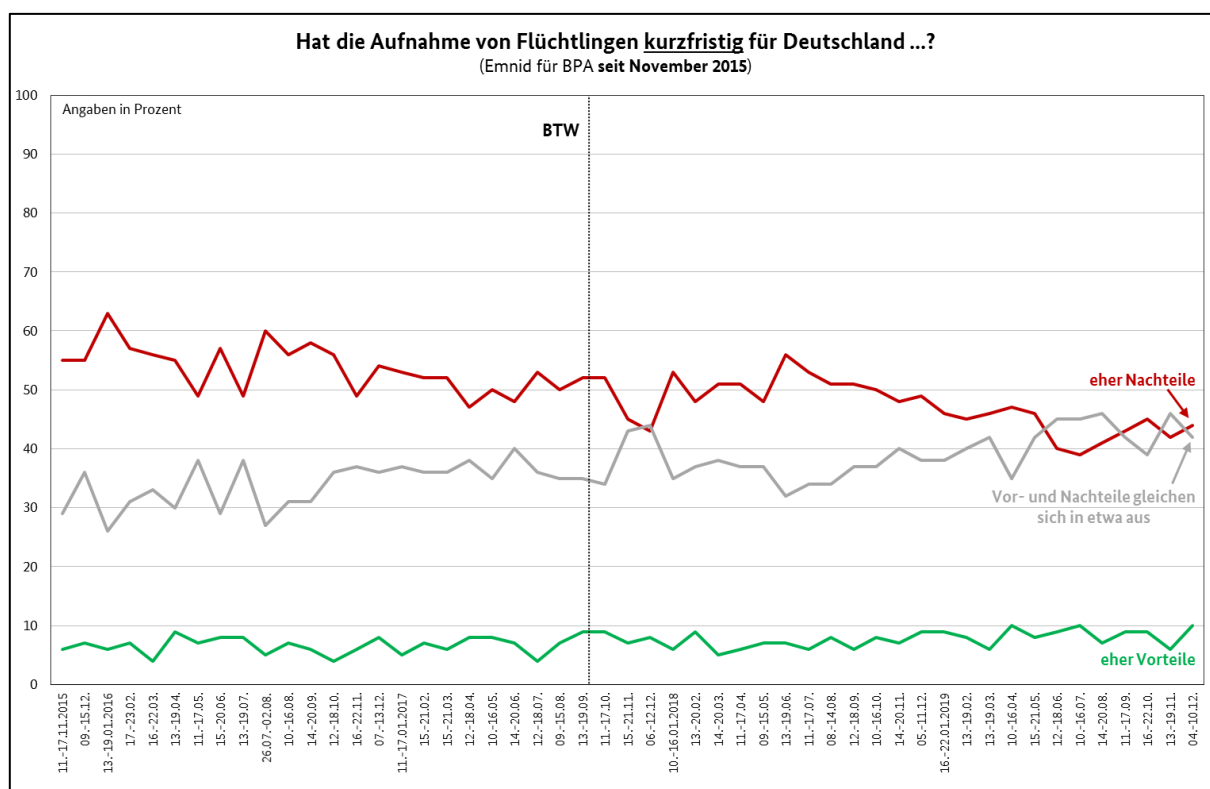
## ● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	10	(+4)	28	(+5)
eher Nachteile	44	(+2)	31	(+3)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	42	(-4)	37	(-6)
Erhebungszeitraum	04.-10.12.			

Kurzfristig sieht die Bevölkerung weiterhin deutlich mehr Nachteile als Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Überdurchschnittlich oft sind Anhänger der AfD (77 %) und der Linkspartei (59 %) dieser Meinung.

Langfristig ist der Anteil derjenigen, die eher Vorteile sehen, auf den höchsten Wert seit Erhebungsbeginn im November 2015 gestiegen. Besonders häufig sehen Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) und unter 30-Jährige (38 %) sowie Anhänger der Grünen (53 %) und der SPD (43 %) eher Vorteile. Hingegen sehen Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (40 %) und Anhänger der AfD (72 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Nachteile.



## Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

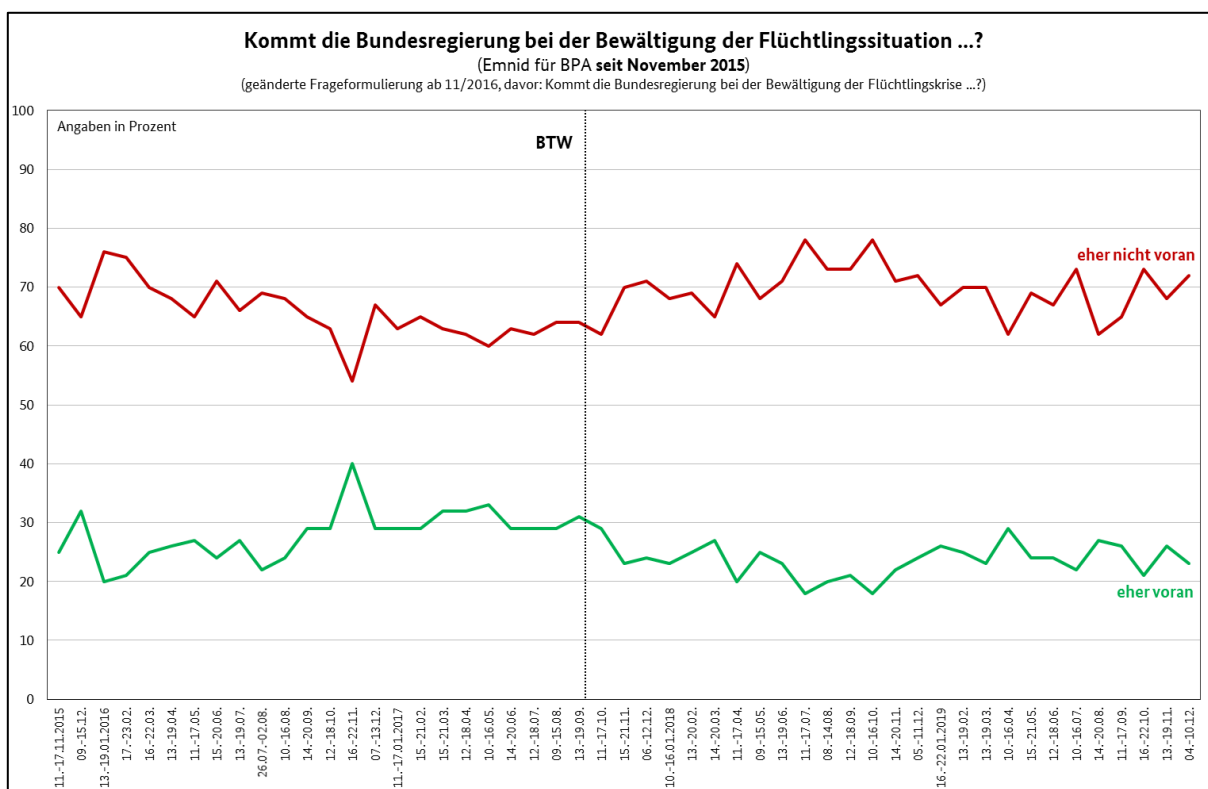
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	Emnid für BPA
eher voran	23 (-3)
eher nicht voran	72 (+4)
Erhebungszeitraum	04.-10.12.

In allen Bevölkerungs- und Wählergruppen sieht eine Mehrheit eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation.

50- bis 59-Jährige (84 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) und der FDP (84 %) sind besonders oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung eher nicht vorankommt.

Männer meinen häufiger als Frauen (28 % zu 18 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (35 % zu 17 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß/ Klimapaket der Bundesregierung	23 (+4)
Umweltpolitik/-schutz	9 (-4)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	7 (-)
Nachfolge-Debatte um SPD-Vorsitz/Neue SPD-Vorsitzende	7 (-6)
SPD-Parteitag	6 (neu)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	6 (-)
Angriff auf Feuerwehrmann in Augsburg	5 (neu)
Erhebungszeitraum	10.-11.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am häufigsten mit dem Klimawandel bzw. dem Klimapaket der Bundesregierung. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (31 % zu 20 %).

